

*Jože Pirjevec*

## Sloweniens Geschichte:

### Die Eigenstaatlichkeit und der Umgang mit der Vergangenheit

#### **Nationalbewusstsein und Territorialität im 19. Jahrhundert<sup>1</sup>**

Parallel zum Anwachsen ihres Nationalbewusstseins begannen die Slowenen, über eine eigene territoriale Autonomie nachzudenken. Über diesen Prozess seit dem Vormärz, unter dem Einfluss der Aufklärung und Romantik, wissen wir nichts Genaueres, da es dazu nur wenige aussagekräftige Quellen gibt. Er muss sich aber im Kreise politisch bewusster Einzelpersonen entwickelt haben, da es sonst nicht erklärbar wäre, dass ein ausgearbeitetes Projekt auf der Bildfläche erschien, sobald die Zeit reif dafür war. Dies geschah unmittelbar nachdem die Märzrevolution 1848 die Habsburger Monarchie fast in ihren Grundfesten erschüttert hatte. Gleich Athene, die in vollständiger Kriegsausrüstung aus Zeus' Kopf sprang, wurde unter der slowenischen Intelligenz die Forderung nach einem „vereinigten Slowenien“ laut. Sie passte mit ihrem revolutionären Impuls in diese Epoche voller umwälzender Ideen. Im Unterschied zu anderen habsburgischen Völkern, die ihre politischen Pläne als historisches Recht formulieren konnten, rechtfertigten die slowenischen Intellektuellen ihre Forderung nach Eigenstaatlichkeit als Naturgesetz, und sie waren darin auch sehr radikal. Sie beanspruchten die Auflösung der sechs historischen Länder, in denen die Slowenen innerhalb der Monarchie lebten, und die Bildung eines ethnisch homogenen Raums unter der kaiserlichen Krone und im Rahmen eines Staates, der nach föderalem Prinzip zu organisieren wäre. Am 1. April 1848 richtete eine Gruppe Intellektueller, die in Wien lebte und der der angesehene Philologe Fran Miklošič vorstand, an Kaiser Ferdinand I. folgendes Manifest:

„Wir Slowenen in Steiermark, Krain, Kärnten, Istrien, im Görzer und Triester Gebiete, eine stammverbrüdete Nation von eineinhalb Millionen ... bitten um Zusicherung folgender nationaler Interessen: 1. Aufhebung der geschichtlichen Länderbegrenzung und Vereinigung unserer slovenischen Gebiete nach der Sprachgrenze zu Einem Lande und dadurch Concentrierung unserer aller zu einer Nation. 2. Garantie unserer Nationalität und allseitig gleiche Berechtigung der slovenischen Sprache in den slovenischen Gebieten, wie sich derselben die deutsche in den deutschen, die italienische in den italienischen Ländern erfreut, in Schule, Gericht und Amtierung, in Urkunden, Gesetzen, Erlässen etc., darum auch ihre allmähliche Einführung in die Gymnasien, Real- und Handelsschulen etc. im slovenischen Gebiete – alles nach unserem und unserer Deputierten Ermessen im Interesse der Nationalität; nach Erachten auch die Errichtung einer slovenischen Universität. 3. Ermöglichung einer näheren Verbindung mit unseren, der durchlauchtigsten Dynastie stets loyalen und ritterlichen Brüdern in Croatien, Slavonien und Dalmatien,

1 Aus dem Slowenischen übersetzt von Silvija Kavčič und Sabine Rutar.

sei es durch Hebung oder Erleichterung der Zolllinien, durch Gemeinschaft höherer Lehranstalten etc. nach gegenseitigem Verständnisse. 4. Als Slaven können wir nicht zum deutschen, auf deutsche Nationalität sich basierenden Bunde gehören, wollen aber mit unerschütterlicher Treue nach der sich erst bildenden Weise ... an der constitutionellen Regierung Österreichs festhalten und alle Nationen des grossen Kaiserreiches als unsere Brüder betrachten und achten.“<sup>2</sup>

Dieses erste klar definierte, nur auf ethnischen Grundlagen aufgebaute föderalistische Programm, das in bemerkenswert knapper Form verfasst wurde, enthält einige Punkte, die das politische Leben der Slowenen lange prägten. Neben der Eigenständigkeit betonten die Autoren ihre Loyalität gegenüber der Habsburger Monarchie, die Bedeutung der Sprache und Kultur als ein wesentliches Merkmal nationaler Eigenheit, aber auch die jugoslawische Verwobenheit mit den verwandten Völkern innerhalb der Grenzen der Monarchie. Die Tatsache, dass der Anspruch auf ein „vereinigtes Slowenien“ zu einer Petitionsbewegung wurde, die sich in allen slowenischen Gebieten unter dem Volk ausbreitete, zeigt, in welchem Maße dieser dem politischen Willen der entstehenden Nation entsprach.

Diese Petitionsbewegung manifestierte einen nationalen Aufschwung, über den Robert A. Kann schrieb, er habe eine bedeutsame Stellung in der „allgemeinen Geschichte des Nationalismus im 19. Jahrhundert“. In seiner monumentalen Abhandlung zur nationalen Frage in der Habsburger Monarchie schrieb er in der Zusammenfassung seines Kapitels über die Slowenen: „Sie [diese Stellung] bildet einen wichtigen Beitrag zu der slawischen kulturellen und besonders zu der slawischen sprachlichen Wiedergeburt. Vor allem stellt sie ein besonders einprägsames Beispiel der Entwicklung und des Fortbestandes einer nationalen Kultur ohne den Rückhalt einer historisch-politischen Tradition dar.“<sup>3</sup>

Trotz der Entstehung politischer Parteien verschiedener Ausrichtung in den folgenden Jahrzehnten muss betont werden, dass die Slowenen ihren Programmpunkten aus dem Jahr 1848 bis zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns im Oktober 1918 treu blieben. Erst als deutlich wurde, dass die Jahrhunderte alte Monarchie zum Untergang verurteilt war, begannen sie, neue Lösungen zu suchen, die ihre nationale Existenz sichern sollten. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die Slowenen von dem Moment an, als sie auf der politischen Bühne auftauchten, durch die nationalen Ambitionen ihrer mächtigen Nachbarn, die Italiener und die Deutschen, bedroht waren. Erstere planten eine Wiederherstellung des altrömischen Italiens, das das Gebiet von Istrien über Logatec bis zu den Julischen Alpen einbeziehen sollte. Angeblich sollte es sich hierbei um die Wasserscheide zwischen dem adriatischen und dem Schwarzmeerbecken handeln, also um eine historische und strategische Grenze. Die Deutschen waren an Triest interessiert, das der wichtigste Mittelmeerhafen für ein künftiges Großdeutschland werden sollte. In diesem Zusammenhang ist es interessant, Aussagen von Mussolini und Hitler heranzuziehen, bevor sie zum „Duce“ respektive „Füh-

2 Zitiert nach Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, Bd. 1: Das Reich und die Völker, 2. Aufl., Köln 1964, S. 304.

3 Ebd., S. 308.

rer“ avancierten. Mussolini sagte im September 1920 in Pula/Pola: „Wenn wir einer Rasse begegnen wie der slawischen – minderwertig und barbarisch – ist ihr gegenüber nicht die Zuckerbrot-Politik anzuwenden, sondern die der Peitsche. Die Grenzen Italiens müssen vom Brenner bis zum Nevoso [Snežnik] und bis zu den Dinarischen Alpen reichen. Ich denke, es können bedenkenlos 500.000 barbarische Slawen für 50.000 Italiener geopfert werden.“<sup>4</sup> Hitler erklärte in einem Gespräch mit dem Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg im Jahr 1928: „Zu dem, was ich den Habsburgern am meisten vorzuwerfen habe, gehört die Tatsache, daß es ihnen trotz jahrhundertelanger Herrschaft über die adriatischen Küsten nicht gelungen ist, Triest und die Küste zu germanisieren. So hat das deutsche Volk keinen Zugang zum Mittelmeer. Dieser Zugang muß aber einmal, sei's im Guten, sei's mit anderen Mitteln, geschaffen werden.“<sup>5</sup>

## Die Slowenen in der Zwischenkriegszeit (1918–1941)

Am Ende des Ersten Weltkrieges befanden die Slowenen sich in einer gefährlichen Lage, da sie zu den wenigen europäischen Nationen gehörten, die keine eindeutigen Grenzen besaßen, weder als historische Erinnerung noch als Erbe. Sie selber wussten zwar genau, bis wohin ihre ethnischen Grenzen reichten, hatten doch ihre Forscher und Politiker diese Problematik in den vorherigen Jahrzehnten genauestens untersucht. Jedoch war dies ein Anspruch, den niemand ernst nahm, vor allem nicht die Nachbarn, die ihrerseits klare Vorstellungen davon hatten, bis wohin ihre territorialen Forderungen reichten. Was die nördliche Grenze betrifft, hatten die Slowenen in der Untersteiermark (Spodnja Štajerska) und im Übermurgebiet (Prekmurje) Glück, weil es ihnen dort gelang, sich gegenüber den Österreichern und den Ungarn durchzusetzen. Doch schon in Südkärnten (Južna Koroška) tauchten Komplikationen auf, weil es zu bewaffnetem Widerstand der deutschsprachigen Bevölkerung kam, die von einflussreichen Staaten, in erster Linie Italien, unterstützt wurden. Auf Initiative der Pariser Friedenskonferenz kam es in der sogenannten Zone A Südkärntens am 10. Oktober 1920 zu einem Plebiszit, bei dem sich zeigte, dass ein Großteil der slowenischen Bevölkerung das republikanische und sozialistische Österreich nicht gegen das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das inzwischen auf der Südseite der Karawanken entstanden war, eintauschen wollte. Noch schlimmer war es im ehemaligen österreichischen Küstenland, das Italien mit Bezug auf den Londoner Geheimvertrag vom April 1915 für sich

4 „Il discorso di Mussolini al ‚Ciscutti‘ entusiasma al delirio l'imponentissima folla“, in: *L'Azione. Quotidiano politico* (Pola), 22.9.1920, zitiert nach: Silva Bon Gherardi: „Politica, regime e amministrazione in Istria“, in: S. Bon Gherardi/L. Lubiana/A. Millo/L. Vanello/A. M. Vinci: *L'Istria fra le due guerre. Contributi per una storia sociale*, Roma 1985, S. 21–80, hier S. 30. Mussolini bezog sich auf Diskussionen über die Grenzziehung zwischen Italien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im Vorfeld des Grenzabkommens von Rapallo vom 12.11.1920. Es ging um die Frage, wie viele Slowenen und Kroaten auf der italienischen Seite und wie viele Italiener auf der südslawischen Seite der neuen Grenze als Minderheit verbleiben würden. Vgl. Milica Kacin Wohinz/Jože Pirjevec: *Storia degli sloveni in Italia 1866–1998*, Venezia 1998, S. 34f.

5 Ernst Rüdiger Starhemberg: *Memoiren*. Mit einer Einleitung von Heinrich Drimmel, Wien/München 1971, S. 75f.

beanspruchte. Die Entente hatte Italien im Gegenzug für die Beteiligung am Krieg große territoriale Zugewinne versprochen – auf Kosten der Doppelmonarchie, so unter anderem auch das gesamte Südslovenien, Triest eingeschlossen. Italien hatte nach dem Waffenstillstand mit Österreich, unterschrieben am 3. November 1918, dieses Gebiet militärisch besetzt und betrachtete es als Kriegsbeute, auf die es nicht bereit war, zu verzichten. Auf der Pariser Friedenskonferenz musste Italien mit dem Widerstand des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson rechnen, der sich an den geheimen Pakt nicht gebunden fühlte und das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung befürwortete. Dennoch erreichte die römische Regierung ihr Ziel – zumindest was die Slowenen betraf. Mit dem Vertrag, den Italien mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Anfang November 1920 in der ligurischen Stadt Rapallo unterzeichnete, verzichtete es zwar auf Dalmatien, doch bekam es gut ein Viertel des gesamten slowenischen ethnischen Gebiets, auf dem etwa 350.000 Slowenen lebten (hinzuzufügen sind noch 150.000 istrische Kroaten). Die „neuen Provinzen“ wurden Venezia Giulia (Julisch Venetien) genannt, um einen Zusammenhang mit dem alten Rom und mit der Serenissima herzustellen, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung slawischer Herkunft war. Von Beginn an wurde hier eine Entnationalisierungspolitik betrieben: Die italienische Regierung verfolgte lokale Intellektuelle, in erster Linie Geistliche, und verdrängte die slowenische Sprache aus dem öffentlichen Leben. Nachdem die Faschisten im Oktober 1922 nach ihrem „Marsch auf Rom“ die Macht übernommen hatten, führten sie diese Politik gezielter und brutaler fort, gemäß der Überzeugung Mussolinis, dass die *alloglotti* (Fremdsprachige) bzw. *allogeni* (Fremdstämmige), wie die *sci'avi* (Schimpfwort für Slawen, wörtlich Sklaven) offiziell genannt wurden, möglichst bald zu beseitigen seien.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Slowenen auf vier Staaten aufgeteilt, von denen drei ihre Assimilation einforderten. Nur im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen fanden sie Bedingungen, die ein Überleben und eine Entwicklung gewährleisteten. Obwohl dieses stark zentralisiert und in den Händen der Belgrader „Čaršija“ war – wie man die serbische regierende Kamarilla nannte – profitierten die Slowenen in der Zwischenkriegszeit von diesem Zusammenschluss. Auf allen Stufen der schulischen Ausbildung und in der öffentlichen Verwaltung (außer in der Armee) wurde die slowenische Sprache eingeführt, in Ljubljana entstand die erste slowenische Universität, zu der später, neben anderen kulturellen Institutionen, noch die Akademie der Wissenschaften hinzu kam. Für eine Nation, die in der Habsburger Monarchie vehement um Unterricht in der eigenen Sprache und für dessen (begrenzte) Anwendung in der Verwaltung hatte kämpfen müssen, war dies ein bedeutender Fortschritt, der das nationale Bewusstsein stärkte. Jugoslawien – König Aleksander Karadjordjević nannte den Staat nach dem Putsch vom 6. Januar 1929 um – war den Slowenen gegenüber positiver eingestellt als allen anderen nicht-serbischen Völkern, die innerhalb der Staatsgrenzen lebten. Im Gegenzug unterstützten ihre politischen Vertreter die Belgrader Regierung und hielten auf diese Art ein Regime aufrecht, dass auch in den 1920er Jahren, seiner parlamentarischen Phase, nicht viel Ähnlichkeit mit einer Demokratie hatte. Diese moralisch durchaus fragwürdige Strategie war im Hinblick auf die quantitativ betrachtet wenigen Slowenen im Königreich und den italienischen und deutschen Druck auf die Adria und das südlich der Karawanken gelegene Gebiet doch nachvollziehbar.

In Anbetracht der Aufteilung der slowenischen Bevölkerung während der Zwischenkriegszeit ist es nicht übertrieben zu sagen, dass es zumindest in Mitteleuropa keine weitere Nation gab, die solch ein tragisches Schicksal wie die slowenische durchlebte. Dabei muss angemerkt werden, dass es gerade diese kritische Situation war, die bei den Slowenen zu vorher nicht gekannten Reaktionen führte. Als „geschichtsloses Volk“, um es mit den Worten Otto Bauers zu sagen, repräsentierten sie ein Element ohne staatstragende Tradition und Möglichkeiten. In Berichten der italienischen und deutschen Nachbarn wurden sie häufig als formlose und passive bäuerliche Masse definiert, der es beschieden sei, von anderen, „historischen“ Nationen beherrscht zu werden. Dieses Stereotyp wurde jedoch spätestens in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in Frage gestellt, als in Julisch Venetien die unerträgliche Entnationalisierungspraxis des so genannten „Grenzfaschismus“ („*fascismo di frontiera*“) zum ersten Mal in der slowenischen Geschichte mit einer Untergrundbewegung beantwortet wurde, die das gewalttätige Regime mit Gewalt bekämpfen wollte. Diese Bewegung trat unter dem Namen TIGR in das Bewusstsein des slowenischen Volkes, ein Akronym für Trst/Triest/Trieste, Istra/Istrien, Gorica/Görz/Gorizia, Rijeka/Fiume/Reka, also für die Orte, die von der italienischen Herrschaft befreit und Jugoslawien angeschlossen werden sollten. Die Bewegung bestand aus jungen Männern, die nach dem Muster baskischer und irischer Aufständischer in Dreiergruppen organisiert waren und die mit ihren Aktionen die italienische Regierung beunruhigten. Diese ging gegen die Mitglieder der TIGR mit aller Schärfe vor und stellte sie – nachdem sie im Frühjahr 1930 von der Geheimpolizei OVRA (*Organizzazione di Vigilanza e Repressione dell'Antifascismo*/Organisation zur Überwachung und Bekämpfung des Antifaschismus) aufgespürt worden waren – vor ein Sondergericht, dessen Vertreter eigens aus Rom nach Triest gekommen waren. Hier kam es Anfang September desselben Jahres zu einem spektakulären Prozess, der mit zahlreichen Gefängnisstrafen und vier Todesurteilen endete. Im Morgengrauen des 6. September 1930 wurden letztere vollstreckt und die Führer der TIGR wie Verräter in der Nähe von Triest durch einen Schuss in den Rücken getötet.

Das slowenische Volk erlebte diese Gewalt, auf die es nicht vorbereitet war und die es in dieser Form auch nicht kannte, als großen Schock. Doch der Widerstandsgeist ließ sich nicht unterdrücken und manifestierte sich in den folgenden Jahrzehnten in einem immer besser organisierten Freiheitskampf, an dem sich alle politischen Strömungen des Küstenlandes, die nationalliberale, die katholische und die kommunistische, beteiligten. Noch bevor Italien als Verbündeter des Dritten Reichs in den Krieg eintrat, ging das faschistische Regime erneut gegen die Angehörigen der TIGR vor und verhaftete im Frühjahr 1940 rund 300 ihrer exponiertesten Mitglieder. Inzwischen hatten einige Vertreter der Bewegung bereits Kontakt zu den französischen und britischen Geheimdiensten aufgenommen, vor allem zur *Special Operation Executive* (SOE), um mit ihrer Hilfe Sabotageakte sowohl auf dem Territorium des Dritten Reichs als auch in Norditalien zu verüben. „In dem Augenblick, als Großbritannien gegen die Deutschen kämpfte, standen uns nur die Slowenen zur Seite“, schrieb nach dem Krieg der bedeutende englische Historiker A.J.P. Taylor.<sup>6</sup>

6 A.J.P. Taylor: From Napoleon to Stalin: Comments on European History, London 1950, S. 192.

## Keim des Staatsbildungsprozesses: Der Zweite Weltkrieg (1941–1945)

Staatsbildende Maßnahmen, mit denen die Slowenen in Italien zwischen den Kriegen begonnen hatten, breiteten sich während des Zweiten Weltkrieges auch auf den übrigen slowenischen ethnischen Raum aus. Wie gemeinhin bekannt, überfiel Deutschland mit seinen Verbündeten Italien, Ungarn und Bulgarien am 6. April 1941 Jugoslawien und unterwarf es innerhalb weniger Tage. Die drei erst genannten Staaten teilten die Drau-Banschaft/Dravska Banovina – den zu Jugoslawien gehörenden Teil des slowenischen ethnischen Raumes – untereinander auf: Deutschland besetzte Oberkrain/Gorenjska und die Südsteiermark/Južna Štajerska, Italien Innerkrain/Notranjska und Unterkrain/Dolenjska, Ungarn das Übermurgebiet/Prekmurje. Der geplante Ethnozid manifestierte sich schon in der Absicht, das besetzte Gebiet auch formal anzuschließen. Italien und Ungarn taten dies auch, während Hitler den formalen Akt des Anschlusses angesichts des hartnäckigen slowenischen Widerstandes immer wieder verschob und schließlich erst nach Kriegsende vollziehen wollte. Das klare Ziel seiner Politik spiegelt indes die viel zitierte Aufforderung, die er vom Balkon des Rathauses in Maribor/Marburg an seine lokalen Vertreter richtete: „Machen Sie mir dieses Land wieder deutsch, so deutsch wie die übrige Steiermark!“<sup>7</sup>

Die antiimperialistische Front, die die Kommunisten, die nationalliberalen *Sokoli* (Mitglieder des Turnvereins *Sokol*) und die christlichen Sozialisten in Ljubljana am 26. April 1941 gegründet hatten und die nach dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni unter dem Namen *Osvobodilna Fronta* (Befreiungsfront, OF) den bewaffneten Widerstand aufnahm, enthielt bereits zu Beginn ein ausgeprägt staatsbildendes Element. Den wichtigsten Schritt in diese Richtung tat sie schon Mitte September 1941, als sich ihr oberstes Organ zum „Slowenischen Nationalen Befreiungsrat“ („*Slovenski Narodnoosvobodilni Odbor*“) ernannte, der „während des Befreiungskrieges das slowenische Volk auf seinem gesamten Gebiet vertritt, repräsentiert, organisiert und führt“. Das erwähnte Organ kündigte zwar im selben Atemzug an, dass das Vereinigte Slowenien „in einen ständigen Bund mit gleichberechtigten Vertretern anderer jugoslawischer Völker treten wird“<sup>8</sup>, die Befreiungsfront schuf jedoch in den nächsten Jahren eine Reihe von Strukturen und Organen, durch die sie als souveräne Institution innerhalb des slowenischen Raums auftrat. Sie organisierte eine eigene Armee, einen eigenen Sicherheits- und Nachrichtendienst, auf befreitem Gebiet auch eine eigene Verwaltung und ein eigenes Gerichts- und Schulwesen sowie eine ärztliche Versorgung, sie ließ eigenes Geld drucken und pflegte Kontakte zu den Alliierten und zur italienischen Widerstandsbewegung. Unter anderem leistete sie sich sogar ein Forschungsinstitut, das sie beauftragte, Material für die zukünftige Friedenskonferenz zu sammeln und aufzuarbeiten, um die slowenischen Gebietsforderungen zu untermauern.

Nach der Kapitulation der Regierung in Rom und der Auflösung der italienischen Armee am 8. September 1943 ließ die Befreiungsfront in den Wäldern der Gottschee/Kočevje Volksvertreter wählen, vor allem aber verkündete sie am 16. September den Anschluss des Küsten-

7 Slovenska kronika XX. stoletja, 1941–1995, Ljubljana 1996, S. 12.

8 Tone Ferenc: Oblikovanje Slovenske (federalne) države 1941–1944, in: Bogo Grafenauer (Hg.): Slovenci in država, Ljubljana 1995, S. 213–223, S. 214.

landes an das Gros des nationalen Territoriums. Mit ihrer weit verzweigten Organisation, die sie vor allen anderen Widerstandsbewegungen im besetzten Europa auszeichnete, hatte die OF den Willen des slowenischen Volkes zum Ausdruck gebracht, einen eigenen Staat zu gründen. Dies nahm auch Milovan Đilas deutlich zur Kenntnis, der als Vertreter Titos an der Versammlung im Gottscheer Wald teilnahm. In seinen Memoiren stellte er fest:

„Die Slowenen und ihr Kampf gegen die Okkupanten waren eine Sache für sich. Es hätte diesen Kampf jedoch nicht gegeben, wären die slowenischen Führer nicht überzeugt gewesen, eine Umwälzung im Schicksal ihrer Nation in die Wege zu leiten, von der viele nationale Führer vor ihnen, auch die bedeutendsten, nur träumen konnten. In keinem der jugoslawischen Länder, bei keinem der jugoslawischen Völker existierte ein derartiges Selbstbewusstsein, eine derartige Hochstimmung über die Schaffung eines eigenen Staates.

Auch mir wurde dies erst im Verlauf der Tagung der slowenischen Abgeordneten bewusst, die am 1. Oktober 1943 in Kočevje begann.

Sowohl die Vorbereitungen als auch die Versammlung selbst waren eindrucksvoller als alle derartige Versammlungen davor. Die Unterbringung, die Verpflegung, die Saaldekoration – als hätten dort nicht, sozusagen noch am Vortag, die Eroberer gehaust, und als seien nicht neue, noch üblere Unterdrücker bereits im Anmarsch. Allein schon die Zahl der Versammlungsteilnehmer – 562 aus allen Teilen Sloweniens – gab der Tagung eine besondere, geschichtliche Note (...). Der Enthusiasmus galt Slowenien – es herrschte einhellige Freude über seine Eigenstaatlichkeit, die als abschließende nationale und beginnende sozialistische Errungenschaft empfunden wurde.“<sup>9</sup>

Als einige Wochen später in der bosnischen Stadt Jajce der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens (*Antifašistično Vijeće Narodne Osvoboditve Jugoslavije* – AVNOJ) gegründet wurde, stimmte die slowenische Delegation für die Beschlüsse dieser Sitzung, unter anderem für den Wiederaufbau eines gemeinsamen, nunmehr föderativen Staates. Interessant ist dabei, dass auch Tito die besondere Substanz der slowenischen Befreiungsbewegung bewusst war, erschien es ihm doch geboten, in einem Gespräch am Rande der Sitzung zu betonen „dass das slowenische Volk keine Angst um seine Gleichberechtigung und Eigenständigkeit“ zu haben brauche und dass gewisse Maßnahmen vielleicht zentralistisch wirken mochten, jedoch zwingend notwendig für einen erfolgreichen Kampf seien und für die Bekräftigung des gemeinsamen Willens der jugoslawischen Völker gegenüber den Alliierten.<sup>10</sup>

Am 19. und 20. Februar 1944 wurde auf befreitem Gebiet in Črnomelj die erste Versammlung des Slowenischen Nationalen Befreiungsrates einberufen, um sich den Organen in den anderen föderativen Einheiten im neu entstehenden Jugoslawien anzugleichen. Diese Versammlung hatte einen ausgeprägten konstitutiven Charakter; die beiden einflussreichsten

9 Milovan Đilas: Der Krieg der Partisanen. Memoiren 1941–1945, Wien u. a. 1977, S. 442–443.

10 Josip Broz–Tito: Zbrana dela, Bd. 17, Ljubljana 1986, S. 184–186.

Führer des Widerstandes – Boris Kidrič und Edvard Kardelj – umrissen in ihren Reden die Lage Sloweniens innerhalb der jugoslawischen Föderation. Kardelj betonte, dass sich die Völker Jugoslawiens aus eigener Kraft befreit hätten. Es gebe also unter ihnen keine nationalen Befreier und das föderative System sei aus der Praxis, aus dem gemeinsamen Kampf entstanden. Die zweite Sitzung des AVNOJ habe dieses nun festgeschrieben. Noch wichtiger aber waren Kidričs Ausführungen über die Errichtung einer nationalen Regierung und die slowenische Staatlichkeit, die die Grundlage für eine Reihe von Verordnungen wurden, die die Organisation des Staates an der Spitze und an der Basis festschrieben.<sup>11</sup> Diese schönen Pläne wurden jedoch von der Realität zunehmend untergraben. Ab Mitte 1944 beeinflusste die jugoslawische Partisanenführung die Lage in Slowenien zunehmend; die zentralistischen Tendenzen Titos und seines Umfelds verstärkten sich. Die Gründung der OZNA (*Oddelek za zaščito naroda*, Abteilung zum Schutz des Volkes) – eine Geheimpolizei nach sowjetischem Muster – im Mai 1944 im bosnischen Drvar und in Slowenien im darauf folgenden Juni, war der erste sichtbare Schritt in diese Richtung.<sup>12</sup> Noch schicksalhafter für die Souveränität des slowenischen Volkes war Titos Erlass vom 1. März 1945, welcher die slowenische Armee in die jugoslawische eingliederte, obwohl während des Krieges ihre Eigenständigkeit vereinbart worden war.

Unangemessen wäre es, unerwähnt zu lassen, dass während des Zweiten Weltkrieges auch in bürgerlichen Kreisen über einen slowenischen Staat gesprochen wurde, und zwar sowohl unter den Slowenen, die im Westen eine Zuflucht gefunden und mit den Briten und Amerikanern zusammengearbeitet hatten, als auch unter jenen, die im Land geblieben waren und sich aus Angst vor dem „gottlosen Kommunismus“ auf den schmalen Pfad der Kollaboration begeben hatten. Die hier geschmiedeten Pläne sahen ein zukünftiges Slowenien innerhalb eines föderativen Königreichs Jugoslawien vor oder als Teil einer großen europäischen Föderation, die vom Baltikum bis zur Adria reichen und innerhalb eines mitteleuropäischen Bundes katholischer Staaten unter der Schirmherrschaft des Vatikans bestehen sollte, oder aber innerhalb eines „neuen Europas“ im Sinne Adolf Hitlers. Beim Zusammenbruch des „tausendjährigen“ Reichs trat auf Initiative von Gegnern der Befreiungsfront am 3. Mai 1945 in Ljubljana ein „slowenisches Parlament“ zusammen, das den „slowenischen Staat im föderativen Jugoslawien“ ausrief und seine Ergebenheit gegenüber dem König Peter II. Karadjordjević bekräftigte. Es forderte den im Londoner Exil lebenden König auf, in das „befreite Gebiet“ zurückzukehren, das seine Einheiten – die Tschetniks und die so genannten Quislinge, die Kollaborateure – kontrollierten. Gleichzeitig appellierten sie an den Präsidenten der USA, Harry S. Truman, seine Truppen sollten intervenieren und Slowenien besetzen.<sup>13</sup> Es handelte sich um schlichte Phantasien ratloser und politisch unreifer Menschen, die wenige Tage später aus ihrem Heimatland fliehen mussten. Außer

11 Ferenc: *Oblikovanje Slovenije*, S. 219.

12 Ebd., S. 221.

13 Dušan Biber: *Federalna državnost Slovenije v zavezniških dokumentih do maja 1945*, in: Bogo Grafenauer (Hg.): *Slovenci in država*, Ljubljana 1995, S. 261–267, S. 264; Božo Repe: *Slovenci in federativna Jugoslavija*, in: ebd., S. 269–277, S. 269–270.

dieser illusorischen Pläne muss noch folgender Unterschied zwischen dem Lager der Konservativen und den Partisanen hervorgehoben werden: Während erstere einen zukünftigen slowenischen Staat in der Hoffnung gründeten, dass er von den Verbündeten gestaltet würde – unwichtig, ob von Angloamerikanern oder Italienern und Deutschen – erkämpften ihn letztere mit der Waffe in der Hand, in der Überzeugung, dass „das Volk sein Schicksal selber bestimmen wird“. So lautete das vom bedeutendsten slowenischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, Ivan Cankar, in der Endphase der Habsburger Monarchie geprägte Motto, welches sich die Versammlung in Kočevje/Gottschee im Oktober 1943 zu Eigen machte.

Am 5. Mai 1945 wurde die erste slowenische Regierung gebildet und zwar in Ajdovščina, einem Städtchen im Küstenland, zur Bekräftigung von dessen Zugehörigkeit zu Slowenien, obwohl dieses Gebiet formal noch zu Italien gehörte. Die slowenische Staatlichkeit entstand in den Wirren der ersten Nachkriegswochen, die gekennzeichnet war zum einen durch die blutigen Abrechnungen mit den Kollaborateuren – diese waren nach Kärnten geflohen, doch die Briten zwangen sie, in ihr Heimatland zurückzukehren –, zum anderen durch die internationalen Spannungen um die Kontrolle der nördlichen Adria, die die USA für sich beanspruchten. Nachdem die jugoslawischen Truppen am 1. Mai 1945 Triest und Gorica/Görz/Gorizia befreit und sich bis zur Soča/Isonzo durchgeschlagen hatten – hiermit wäre der Traum eines vereinigten Sloweniens erfüllt gewesen – verlangten die westlichen Alliierten ultimativ den Rückzug der Jugoslawen, um zu verhindern, dass der sowjetische Einfluss bis nach Norditalien reichte. Es ging dabei um das Gleichgewicht der Kräfte im Europa nach Jalta, von Stalin ausreichend respektiert, um Titos Forderung, die jugoslawische Armee müsse die Kontrolle über das gesamte befreite Gebiet behalten, nicht zu unterstützen. Am 12. Juni 1945 wurden die jugoslawischen Truppen gezwungen, sich hinter die Demarkationslinie – die so genannte Morganlinie – zurückziehen, die Julisch Venetien in zwei Zonen teilte. Dabei waren die Beteuerungen der westlichen politischen Kreise, dies sei nur eine temporäre Lösung, da über die endgültige Grenze mit Italien die Friedenskonferenz entscheiden würde, für die Slowenen nur ein kleiner Trost. Für alle politisch Denkenden war klar, dass Triest – der jahrhundertealte Zugang zum Meer für das Hinterland – für die Slowenen endgültig verloren war.

## **Slowenien im sozialistischen Jugoslawien (1945–1991)**

Auch innerhalb des neuen, nun föderativen Jugoslawiens stand nicht alles zum Besten. Immer deutlicher wurde ein „demokratischer Zentralismus“ stalinistischer Prägung, der zwar im Prinzip eine Eigenständigkeit der einzelnen Republiken betonte, diese aber in der Praxis grob verletzte. Der ursprüngliche Verfassungsentwurf hatte die sowjetische Verfassung aus dem Jahr 1936 zum Vorbild gehabt und war hinsichtlich der Rechte der einzelnen Entitäten sehr zurückhaltend. So gab es etwa kein Grundrecht auf Selbstbestimmung und Abspaltung, das aber während des Krieges von der slowenischen Führungsspitze ständig als eines der Hauptziele des Befreiungskampfes betont worden war. Erst auf slowenischen Nachdruck hin wurde dieses Grundrecht nach langen Debatten in der verfassungsgebenden

Versammlung als ein Nachtrag angenommen und am 31. Januar 1946 bestätigt.<sup>14</sup> Damit waren aber noch nicht alle Probleme zwischen Slowenien und Jugoslawien gelöst. Das von der neuen „Volksdemokratie“ eingeführte Einparteienregime zog Enttäuschung und – zunächst noch nicht artikulierten – Widerstand nach sich. Edvard Kocbek, einer der führenden slowenischen Intellektuellen der Zeit und während des Krieges in einer verantwortlichen Position in der Befreiungsfront engagiert, schrieb in sein Tagebuch: „Die Partei hat vergessen, dass wir in Europa sind, sie müsste die Pluralität des Lebens und der Ideen mehr achten als dies in Russland üblich ist. Unsere Revolution war etwas Spezifisches, aber die Partei verhält sich unnormal, sie vergisst die Hilfe der Alliierten, sie geht in einer immer größeren Brutalität und Vulgarität unter, sie demoralisiert die Intellektuellen und schafft unter ihnen ein Gefühl der Sterilität, auf dem Lande verursacht sie einen Anstieg ungehemmter Leidenschaften (Hass, Gewalt, Lügen, Exzesse).“ Und an anderer Stelle klagt er: „Wieder montenegrinische Sitten. Oder byzantinische Sitten. Oder türkische Sitten.“<sup>15</sup>

Dieser Zwist zwischen Slowenien und Jugoslawien in den ersten Nachkriegsjahren schien kurzzeitig überwunden, als Stalin im Juni 1948 die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) aus dem Kominformbüro – dem Bündnis der wichtigsten europäischen kommunistischen Parteien – ausschloss. In diesem, den monolithischen sowjetischen Block zerstörenden großen Konflikt unterstützten die Slowenen mehrheitlich Tito, weniger aus Sympathie als aus einer ablehnenden Haltung gegenüber dem noch drastischeren stalinistischen System heraus. Anhänger des Kominformbüros fanden in Slowenien, im Gegensatz zu anderen jugoslawischen Republiken, keine große Unterstützung, da die Menschen, auch die Kommunisten, nicht auf ihre kulturelle Identität verzichten wollten. France Majcen, einer der wenigen slowenischen Repräsentanten einer stalintreuen jugoslawischen Emigrantengruppe, die sowohl in der Sowjetunion als auch in anderen Staaten des Blocks wirkte, stellte im Juli 1950, als sich Vertreter dieser Gruppe in Rumänien erstmals zu einer Besprechung trafen, fest, dass es in Slowenien – wo eine koloniale Expropriation durch die Belgrader „Čaršija“ vorherrsche – weniger organisierte Strukturen und illegale antititoistische Gruppen gebe als im Rest Jugoslawiens: „Bekanntermaßen steht Slowenien unter dem Einfluss der westlichen Kultur. Über die Kanäle der UDBA [*Uprava državne varnosti*/Staatssicherheitsamt] versuchen die Titoisten diesen Einfluss zu nutzen, um Verwirrung in den Volksmassen zu schüren.“<sup>16</sup>

„Koloniale Expropriation der Belgrader Čaršija“ ist ein einprägsames Syntagma für das, was in Slowenien nach dem Krieg passierte. Es kam zu einer starken Abschöpfung von Geldern in die jugoslawische Hauptstadt, vom Regime mit der Behauptung gerechtfertigt, dass das wirtschaftliche und industrielle Wachstum der weniger entwickelten Republiken zu fördern sei. Der unverhältnismäßig große Anteil, den Slowenien hierfür beisteuerte, lähmte die

14 Repe: *Slovenci in federativna Jugoslavija*, S. 270; Jože Pirjevec: *Jugoslavija 1918–1992. Nastanek, razvoj ter razpad Karadjordjevićeve in Titove Jugoslavije*, Koper 1995, S. 164.

15 Edvard Kocbek: *Dnevnik 1946*, hg. v. Mihael Glavan, Ljubljana 1991, S. 22; ders.: *Dnevnik 1945*, hg. v. Mihael Glavan, Ljubljana 1991, S. 73.

16 Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZAEDNG), Fond 17, 128, 494.

eigenen Entwicklungsmöglichkeiten und beeinflusste den Lebensstandard der Bevölkerung. Die führenden slowenischen Kommunisten waren sich dessen bewusst und protestierten auch des öfteren in Belgrad, wurden aber regelmäßig durch den Vorwurf zum Schweigen gebracht, lokalistische, wenn nicht separatistische Tendenzen zu unterstützen.<sup>17</sup> Der wichtigste slowenische Kommunist, Edvard Kardelj, gab sich lange der Illusion hin, dass die sozialistische Ordnung und insbesondere die, die er nach dem Konflikt mit Stalin zu etablieren begann, alle Widersprüche, auch die nationalen, ausgleichen würde. Seine Thesen fußten auf einer erneuerten Lesart der Werke von Marx und Engels, aber auch der französischen utopischen und der slowenischen christlichen Sozialisten. In Moskau war man sich dieser Suche Kardeljs nach europäischen Wurzeln durchaus bewusst und kommentierte wie folgt: „Wie die politisch rechts stehenden Sozialisten argumentiert auch Kardelj, obwohl in maskierter Form, gegen die Diktatur des Proletariats und gegen den Wirtschaftszentralismus während des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Revolution als Mittel zur Behebung sozialer Gegensätze sei – laut Kardelj – nur in rückständigen Staaten eine typische Erscheinung.“<sup>18</sup>

Es ist auch kein Zufall, dass Kardelj der erste war, der genügend Mut und Autorität besaß, um in Jugoslawien die nationale Frage erneut auf die Tagesordnung zu setzen. 1957 erschien eine Neuauflage seines Buches „Die Entwicklung der slowenischen nationalen Frage“ („*Razvoj slovenskega narodnostnega vprašanja*“), das er zum ersten Mal unmittelbar vor Kriegsbeginn unter dem Pseudonym Sperans veröffentlicht hatte. Er fügte eine umfassende Einleitung hinzu, in der er die These vertrat, dass es eine slowenische nationale Frage grundsätzlich nicht mehr gebe. Gleichzeitig schrieb er aber, dass die „Reste eines bürgerlichen Nationalismus“, die ungleichmäßige Entwicklung Jugoslawiens sowie großstaatliche, zentralistische und hegemonistische Tendenzen noch lange Probleme bereiten würden. Ablehnend bewertete er wiederholt auftretende Erscheinungen eines „integralen Jugoslawismus“. Die verschiedenen jugoslawischen Völker könnten nur durch Stärkung des Sozialismus zusammenwachsen, was jedoch im Zuge einer eigenständigen Entwicklung und durch die Gleichberechtigung aller geschehen müsse: „Der Jugoslawismus behindert die freie Entwicklung nationaler Sprachen und Kultur nicht, sondern er setzt diese im Gegenteil voraus.“<sup>19</sup>

Kardelj irrte in seiner Annahme, ein selbstverwalteter Sozialismus würde den großserbischen Zentralismus bremsen können. Auch in den folgenden Jahren sahen sich die Slowenen immer wieder damit konfrontiert, und es fehlte nicht an scharfen Polemiken, zu Beginn der 1960er Jahre beispielsweise zwischen dem bekannten serbischen Schriftsteller Dobrica Ćosić und dem slowenischen Philosophen Dušan Pirjevec. Ersterer verwies in der Zagreber Zeitschrift *Telegram* auf die Schwierigkeiten zwischen den Republiken und meinte, der bestehende „zügellose Nationalismus“ könne nur durch ihre Abschaffung überwunden werden. „Entschuldigung, was haben sie gesagt?“ titelte der Redakteur und ehemalige Partisan

17 Repe: Slovinci in federativna Jugoslavija, S. 271.

18 RZAEDNG, Fond 575, I, 323.

19 Edvard Kardelj: *Razvoj slovenskega narodnostnega vprašanja*, Ljubljana 1957, S. 64. Vgl. Repe: Slovinci in federativna Jugoslavija, S. 270–271.

Dušan Pirjevec seine Replik in der Zeitschrift *Sodobnost* (Gegenwart). In ungebremst kämpferischer Manier (und mit Kardeljs Zustimmung) erteilte er den unitaristischen und zentralistischen „Blutsaugern“ eine Abfuhr und löste damit Polemiken aus, die bis zum Auseinanderfallen Jugoslawiens andauerten, obwohl Pirjevec von Tito zunächst zum Schweigen gebracht wurde.<sup>20</sup>

In ihrem Kampf um Eigenständigkeit gingen die Slowenen in den Jahrzehnten vor Titos Tod durch verschiedene Entwicklungsstufen, wobei die „liberale“ Phase gegen Ende der sechziger und zu Beginn der 1970er Jahre am bedeutsamsten war. In dieser Zeitspanne saß der Regierung in Ljubljana Stane Kavčič vor, ein junger, talentierter Politiker, der in seinen Plänen einer größeren Distanz der Republik Slowenien vom Belgrader Zentrum so weit ging, dass er in Konflikt mit Kardelj geriet. 1972 wurde er aus der Regierung entfernt, und die „alte Garde“ nahm erneut die Zügel in die Hand. Sie hoffte, durch kosmetische Korrekturen wie die quasi konföderative Verfassung aus dem Jahr 1974 oder die Ausdehnung der Selbstverwaltungsstrukturen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sowohl die ökonomischen als auch die Probleme zwischen den jugoslawischen Völkern, die sich wie Gewitterwolken am Horizont sammelten, zu lösen. Trotz dieser „bleiern Jahre“ des ideologischen Dogmatismus verwarf die Partei nach Kavčičs Sturz die Elemente der „liberalen“ Phase nicht völlig, die auf eine größere Autonomie der Republik gedrängt hatte. Das deutlichste Beispiel war dafür die Territorialverteidigung, die nach 1968 entstanden war, als Reaktion auf den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei. Strukturell war sie eine Parallelarmee auf Republikenebene, die sich mehr oder weniger offen auf die Erfahrungen im Partisanenkampf und in Slowenien auch auf die habsburgische Landwehr berief.<sup>21</sup> Obgleich keineswegs als solche geplant, entwickelte sich hierdurch allmählich ein bewaffnetes Kontingent, das im Stande war, der Volksarmee Widerstand zu leisten.

Etwa zeitgleich versuchten slowenische Politiker ein Element parlamentarischer Demokratie sowie einige Verhaltenskodizes nach westeuropäischem Muster in Jugoslawien einzuführen. Schon 1961 hatte die slowenische Delegation im Belgrader Parlament den Wirtschaftsplan für das folgende Jahr abgelehnt und sogar aus Protest die Sitzung verlassen, ein bis dahin undenkbares Verhalten in der jugoslawischen parlamentarischen Praxis.<sup>22</sup> Die Slowenen waren auch die ersten, die, bereits im November 1966, die Gleichberechtigung aller jugoslawischen Sprachen forderten. Im selben Jahr versuchten sie zu erreichen, dass künftig die Regierung durch ein Misstrauensvotum per Volksentscheid zum Rücktritt gezwungen werden könnte.<sup>23</sup>

Nach dem Tod Kardeljs und Titos festigte sich in der slowenischen Gesellschaft im Zuge einer lebhaften öffentlichen Debatte, an der sich auch Vertreter der „alten Garde“ beteiligten, die Überzeugung, dass eine baldige politische Reform dringend geboten sei. So ergänzte

20 Pirjevec: Jugoslavija, S. 244; Tine Hribar: Nova, osamosvojitvena volja Slovencev, in: Bogo Grafenauer (Hg.): Slovinci in država, Ljubljana 1995, S. 279–294, S. 279.

21 Pirjevec: Jugoslavija, S. 336.

22 Repe: Slovinci in federativna Jugoslavija, S. 272.

23 Jože Pirjevec: Posebnosti slovenskega primera, in: Bogo Grafenauer (Hg.): Slovinci in država, Ljubljana 1995, S. 379–382, S. 381.

Titos ehemaliger persönlicher Sekretär, Jože Vilfan, schon wenige Wochen nach dem Tod des Marschalls die Ideen Kardeljs über den „Interessenpluralismus“, den eine selbstverwaltete Gesellschaft gewährleisten müsse, in einem Interview für die Zeitschrift *Teleks* um die Feststellung, dazu gehöre auch die Meinungsfreiheit. In den folgenden Monaten protestierte sogar eine von ihrer Vergangenheit so determinierte Person wie Mitja Ribičič, ehemals Vorsitzender der Bundesregierung sowie führendes Mitglied der slowenischen Sektion der UDBA (*Uprava državne varnosti*/Staatssicherheitsamt), gegen Vertreter der Regierung, die diese ersten Anzeichen einer freieren politisch ideologischen Debatte im Keim zu ersticken trachteten. Gegen eine solche dürften keine repressiven Mittel verwendet werden, da man „gegen ein Buch nur mit einem Buch kämpfen“ könne.<sup>24</sup>

In Slowenien kennzeichnete eine derart tolerante Haltung gegenüber Dissidenten das gesamte folgende Jahrzehnt. In diesem gesellschaftlichen Klima, das zunehmend Möglichkeiten pluraler Meinungsäußerung eröffnete, meldeten sich die bekanntesten slowenischen Intellektuellen zu Wort, mit dem slowenischen Schriftstellerverband an der Spitze. Es erschienen neue Periodika, wie die Zeitschrift *Nova revija* („Neue Revue“), studentische Dissidentenblätter wie *Mladina* („Jugend“) oder *Katedra* („Kathedr“). Es kamen auch bunte alternative Bewegungen auf, deren stärkste Waffe die Parodie war. Ihr Kampf gegen Klischees und Mythen, angefangen bei Josip Broz Tito und der jugoslawischen Volksarmee, wollte zwar die slowenische Gesellschaft provozieren, blieb aber in einem tolerablen Rahmen. Mehr noch, es entstand in dieser Zeit ein bisher nicht gekanntes Vertrauen zwischen den Generationen. In den übrigen jugoslawischen Republiken, besonders den südlichen, lösten die Provokationen der slowenischen Jugend eine Reihe empörter Proteste aus, da dort die öffentliche Meinung auf einen solchen Ikonoklasmus nicht vorbereitet war und noch weniger auf die Tatsache, dass ihn der Bund der Kommunisten Sloweniens (*Zveza komunistov Slovenije*, ZKS) tolerierte. Letzterer akzeptierte – wenn auch nicht gutwillig – die immer gewagteren Debatten in der Zeitschrift *Nova Revija*, die im Januar 1987 „Beiträge zum slowenischen nationalen Programm“ (*Prispevki za slovenski nacionalni program*) mit entschieden autonomistischen, wenn nicht sogar separatistischen Tendenzen veröffentlichte. Der Konflikt Ljubljanas mit den anderen Republiken, vor allem aber mit der Belgrader Zentralregierung und der Volksarmee verschärfte sich und erreichte 1988 seinen Höhepunkt. Die Volksarmee versuchte die slowenische Öffentlichkeit mittels der Inhaftierung von vier Regimekritikern, die unter Spionageverdacht vor ein Militärgericht gestellt wurden, einzuschüchtern. Um ihre Macht sowie ihre Geringschätzung jedweder slowenischer Souveränität zu demonstrieren, inszenierten die Generäle in Ljubljana einen Prozess hinter verschlossenen Türen, von dem nur bekannt wurde, dass er in serbokroatischer Sprache geführt wurde. Angesichts der Bedeutung, die die Durchsetzung der slowenischen Sprache im gesamten öffentlichen und staatsinstitutionellen Bereich für die nationale Identität und die vorherrschende Stimmung hatte, wird verständlich, wie provokativ dieser Umstand war. Der Generalsekretär des Bundes der Kommunisten Sloweniens, Milan Kučan, fasste, nachdem die vier Angeklagten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, die allgemeine Empörung

zusammen: „Das slowenische Volk hat sich dank seiner Kultur und seiner Sprache erhalten, und einen Staat, der diese nationalen Rechte nicht gewährleistet, wird es nicht als den seinen betrachten.“<sup>25</sup>

„Der Prozess gegen die Vier“, wie er genannt wird, markierte den Anfang vom Ende der slowenischen Beziehung zu Jugoslawien. Hatte Mitte der 1980er Jahre die Meinung vorgeherrscht, der Staat müsse in eine Konföderation umgewandelt werden, tendierte man nun zur Loslösung. Im Zuge des Gerichtsverfahrens war ein Rat zum Schutz der Menschenrechte gegründet worden, die erste Organisation, die ohne Billigung der Partei entstanden war und die gesamte slowenische Intelligenz einschloss, inklusive der Führungsspitze der römisch-katholische Kirche, und darüber hinaus noch Tausende weiterer Menschen. Im folgenden Jahr, 1989, verzichtete der Bund der Kommunisten Sloweniens als erste Regierungspartei in Mittel- und Osteuropa auf seine hegemonistische Rolle in der Gesellschaft. Dies ebnete dem politischen Pluralismus den Weg, wovon auch die „Maideklaration“ zeugte, mit der die Dissidenten bekräftigten, „dass wir Slowenen aus eigener Kraft unsere nationale Eigenständigkeit geformt und unsere Staatlichkeit durchgesetzt haben“.<sup>26</sup> 1990 folgten die ersten freien Parlamentswahlen, die die Opposition gewann, sowie die erste Wahl des Staatspräsidenten, bei denen sich hingegen Milan Kučan, der ehemalige Generalsekretär des Bundes der Kommunisten, gegen den ehemaligen Dissidenten Jože Pučnik durchsetzte. Das Ergebnis zeigt, wie komplex die slowenische politische Szene war, die, trotz gegensätzlicher Meinungen zwischen den Kräften des alten Regimes und der neuen politischen Strömungen, keine so scharfen Brüche kannte, dass ein Dialog nicht mehr möglich gewesen wäre. Dies zeigte sich nicht minder deutlich zu Beginn des Frühjahrs 1990, als in den Wäldern Unterkrains, dort, wo die kommunistische Führung nach dem Krieg Tausende Domobranzen hatte umbringen lassen, eine feierliche nationale Aussöhnung inszeniert wurde. Die Protagonisten der Zeremonie, Milan Kučan und der Erzbischof von Ljubljana, Alojzij Šuštar, brachten so symbolisch die Möglichkeit der Überwindung der Spaltung innerhalb der slowenischen Nation zum Ausdruck. Dies war auch die Basis, auf der Ende 1990 ein Volksentscheid organisiert wurde, bei dem sich die große Mehrheit der Wähler für die Eigenständigkeit aussprach. Das Parlament in Ljubljana erklärte dieselbe sechs Monate später, am 25. Juni 1991.<sup>27</sup>

## Die Eigenstaatlichkeit und der Umgang mit der Geschichte

Der Weg des slowenischen Volkes zur Souveränität war ein Prozess, der aus dem Streben slowenischer Intellektueller nach kultureller und politischer Eigenständigkeit hervorging, der aber bald auch die breite Masse des Volkes erfasste und trotz der politischen Unterschiede vor dem Ersten Weltkrieg und der schicksalhaften Aufteilung der slowenischen Bevölkerung in dessen Folge, verhältnismäßig homogen war. Erst die 1930er Jahre und der

25 Mladina, 21.10.1988. Vgl. Pirjevec: Jugoslavija, S. 390.

26 Hribar: Nova, osamosvojitvena volja Slovencev, S. 282.

27 Ebd., S. 283.

Zweite Weltkrieg brachten der slowenischen Gesellschaft die politische Spaltung, die aufgrund ideologischer Fehler in einer bewaffneten Abrechnung zwischen der kommunistisch geführten Befreiungsfront und ihren Gegnern endete. Letztere waren während des Krieges sogar bereit gewesen, zur Verteidigung ihrer Überzeugungen in den Dienst zunächst des italienischen und dann des deutschen Besatzers zu treten. Dieses blutige Kapitel in der Geschichte des slowenischen Volkes schloss sich mit der Ermordung von etwa 14.000 Domobranzen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Dies war eine Tragödie, die gleich zu Beginn auf dramatische Weise das im Entstehen begriffene sozialistische Regime „besudelte“ und seinen totalitären Charakter belegte. Weil die KPJ sich davon bis zum Ende nicht zu distanzieren wusste, war der jugoslawische Kommunismus – wie andere europäische kommunistische Systeme – zum Untergang verurteilt, im jugoslawischen Fall gemeinsam mit der von ihm geschaffenen staatlichen Struktur. Allerdings gilt dieses negative Urteil für die slowenischen Kommunisten nicht vollständig, da sie sich in den 1980er Jahren in einer interessanten Metamorphose an die innergesellschaftlichen Veränderungen sowie an jene auf internationaler Ebene anpassten. Dank dieser Metamorphose waren sie konstruktiv am Ausbau der Eigenständigkeit Sloweniens beteiligt. 1990 war zu hoffen, dass die feierliche Aussöhnung in den Wäldern Unterkrains, in Erinnerung an die gefallenen Domobranzen, den Slowenen helfen würde, die Traumata der Vergangenheit zu überwinden. Stattdessen passierte jedoch das Gegenteil: In den letzten achtzehn Jahren zeigten vor allem die katholische Kirche und rechts gerichtete politische Kräfte ausgesprochen revisionistische Tendenzen und versuchten, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuinterpretieren und die Kollaboration als patriotische Tat zu entschuldigen. Sie reduzieren die Befreiungsfront auf einen Ausdruck kommunistischen Machtwillens. Auf diese Weise verleugnen sie die Anstrengungen eines großen Teils der Slowenen im Befreiungskampf und wälzen die Schuld für den blutigen Epilog am Ende des großen Konfliktes auf sie ab. Derartige Behauptungen sind Ausdruck eines politischen Klimas, das durch ideologische Abrechnungen gekennzeichnet ist. Es ist typisch für Länder, in denen es während des Krieges zu einer Polarisierung der Gesellschaft zwischen kollaborationistischen Kräften und dem Widerstand gekommen war. Darin ist die slowenische Rechte keine Ausnahme, sind doch ähnliche Tendenzen – mutatis mutandis – auch in den Nachbarländern Italien, Österreich und Kroatien zu beobachten. In Slowenien ist die Wiederbelebung, Verteidigung oder auch Dämonisierung der Vergangenheit zu einem Kernpunkt des politischen Kampfes konkurrierender Mächte geworden, die ihre offensichtlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessen durchzusetzen trachten. Ein Konflikt, der mit der Suche und Bewertung historischer Wahrheit wenig zu tun hat. Vielmehr geht es um die propagandistische Durchsetzung „unserer“ Sicht auf die Vergangenheit und „unserer“ Beherrschung der Gegenwart. Der Kampf um die Deutungshoheit über die Vergangenheit spiegelt eine stark traumatisierte Gesellschaft wider, strukturell noch an die korporativen Schemata katholischer oder kommunistischer Prägung gebunden, die es konservativen Kräften erlaubt, öffentlich Positionen zu vertreten, die konträr zu den antifaschistischen Werten stehen, auf welchen das heutige Europa basiert. In diesem Sinne zeigt sich das heutige Bild Sloweniens ziemlich niederschmetternd und anders als es die positive Perspektive des „slowenischen Frühlings“ zu verheißen schien, der auf einer

Konsensfindung basierte, welche die Etablierung einer modernen und fortschrittlichen staatlichen Gemeinschaft hätte möglich machen sollen.